

Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 17.03.2010, 16:10 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Norbert Frieling	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Theo Bükler	Pro Coesfeld	
Herr Uwe Kombrink	CDU	ab 16.45 Uhr, TOP 3 ö. S.
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	Vertretung für Hermann-Josef Peters ab 16.45 Uhr, TOP 3 ö. S.
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	Vertretung für Heinz Kramer
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	bis 19.00 Uhr, TOP 8 ö. S.
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Inge Walfort	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Klaus Schneider	Aktiv für Coesfeld	bis 19.10, TOP 11 ö. S.
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Als Gast zu TOP 4 ö. S.

Herr Carsten Lang, Büro Wolters Partner

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 16:10 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:20 Uhr.

Tagesordnung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Realisierungsstand der Maßnahmen zum 4. Quartal 2009
Vorlage: 037/2010
- 3 Bebauungsplan Nr. 121/1 "Coesfelder Promenade" - Information im Vorfeld der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
Vorlage: 080/2010
- 4 Bebauungsplan Nr. 122 Wohnen am Kulturquartier
Vorlage: 079/2010
- 5 1. Änderung des Bebauungsplans 120/2
Vorlage: 078/2010
- 6 Bebauungsplan Nr. 85 " Gaswerk" - 1. Änderung
Vorlage: 081/2010
- 7 Antrag vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 91 "An der Marienburg"
Vorlage: 084/2010
- 8 Billerbecker Straße: Verbesserung der Rad- und Fußwegeverbindung - Ergebnisse der Bürgerversammlung / Realisierung der Maßnahmen
Vorlage: 030/2010
- 9 Anregung gemäß § 24 GO NRW auf Reduzierung bzw. Streichung der kostenpflichtigen Parkdauer an Parkscheinautomaten
Vorlage: 054/2010
- 10 Antrag der SPD-Fraktion: Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die nordwestliche Innenstadt
Vorlage: 058/2010
- 11 Energiekonzept Industrie- und GewerbePark Flamschen
Vorlage: 082/2010
- 12 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Vor Eintritt in die Sitzung verpflichtet der Ausschussvorsitzende das stellvertretende sachkundige Mitglied Josef Schulze Spüntrup zu gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Anschließend beantragt Herr Stallmeyer für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 10 „Antrag der SPD-Fraktion: Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die nordwestliche Innenstadt“ bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Die Diskussion soll gemeinsam mit einem entsprechenden Antrag der FDP-Fraktion diskutiert werden.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung

Herr Schmitz informiert, dass die vorgesehene Überplanung des Bebauungsplanes Druffels Feld für zwei Bereiche durchgeführt werden muss. Zum einen liegen für den Bereich Akazienweg Anfragen zur Verschiebung der Baulinie vor. Erweiterungsmöglichkeiten bestehen für diese Grundstücke derzeit nicht. Zum anderen liegt eine Anfrage zur Aufstockung eines mit 30° flach geneigten Daches und eine Anfrage für eine Bebauung in zweiter Reihe vor. Das muss zunächst einmal umfassend zeichnerisch dargestellt werden, damit sich alle Beteiligten über die Änderung klar werden. Da es weitere ähnliche Fallkonstellationen im Gebiet gibt, soll zunächst festgestellt werden, ob die Änderung auch in diesen Bereichen gelten soll. Durch die Veränderung der Dachneigung wird die geordnete städtebauliche Planung aufgegeben, Trauf- und Frsthöhen werden verspringen und somit die ruhige Dachlandschaft verworfen. Es ist vorgesehen, das übliche Verfahren um einen Zwischenschritt zu erweitern. Durch einen nochmaligen öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung soll geklärt werden, ob weitere Bauabsichten bestehen. Durch diesen Zwischenschritt wird sich die Bearbeitung verzögern.

Herr Dickmanns berichtet, dass im Rahmen des diesjährigen 100-Alleen-Programms ein Förderantrag für die Anpflanzung von 100 Winterlinden an einer Allee in Gaupel gestellt wurde. Die Kosten von rd. 30.000 € für diese Maßnahme werden mit 80 % vom Land gefördert.

Herr Schmitz stellt dem Ausschuss anhand von Ansichten und Grundrissen die geplante Erweiterung des Verwaltungsgebäudes des Landesbetriebes Straßen.NRW am Wahrkamp vor. Derzeit sei die Stellplatzfrage noch in der Diskussion. Man gehe davon aus, dass ein größerer Teil der Mitarbeiter den ÖPNV nutze. Aus diesem Grund werden 30 Fahrradabstellplätze am Haltepunkte Schulzentrum bereitgestellt. Eine zusätzliche Fläche für Stellplätze könne ggf. im Bereich der ehemaligen Fahrradständer am alten Freibad zur Verfügung gestellt werden. Der Umbau solle im Oktober 2010 abgeschlossen sein.

Herr Backes informiert den Ausschuss über eine Änderung der Planung im Bahnhofsbereich. Durch Verlegung der Gleisführung nach Gronau wird der neue Bahnsteig Richtung Bahnhofsgebäude verlagert und damit der notwendige Tunnel verkürzt. Die Dächer der Bahnsteige rücken näher rücken und zusätzlicher Raum für Park-and-Ride-Plätze werde geschaffen. Die

Gespräche über den Grunderwerb werden in Kürze beginnen, die Planung der Deutschen Bahn müsse an die Planung der Stadt angepasst werden. Die Verwaltung werde weiter berichten.

Herr Schmitz informiert über den Planungsfortgang der Bebauungspläne 120/3 bis 120/5 für die Kaserne. Der Zielabweichungsantrag könne nun gestellt werden, der Artenschutz werde zurzeit abschließend geklärt. Der Regionalrat kann dann am 21.06.2010 entscheiden.

Im Anschluss an den Bericht stellt das Ausschussmitglied Kraska für die FDP-Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung, zu Punkt 1 des Berichtes eine Nachfrage stellen zu können.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung Nachfragen unter TOP 12 „Anfragen“ gestellt werden können.

TOP 2	Realisierungsstand der Maßnahmen zum 4. Quartal 2009 Vorlage: 037/2010
-------	---

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

TOP 3	Bebauungsplan Nr. 121/1 "Coesfelder Promenade" - Information im Vorfeld der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung Vorlage: 080/2010
-------	--

Herr Lang vom Planungsbüro Wolters Partner stellt noch einmal die aufgestellten Leitlinien und die zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente vor. Auf dieser Grundlage wurde der Bebauungsplanentwurf für den Abschnitt Bastei-/Marienwall mit dem Ziel entwickelt, die historische Struktur als reine Wohnbebauung beizubehalten. Er erläutert ausführlich die Detailuntersuchungen, die zu dem jetzt vorliegenden Entwurfsstand geführt haben, und die eingesetzten Steuerungselemente. Er betont, dass Überschreitungen der Baugrenze zur Promenade ausgeschlossen sind und Ausnahmen von der festgesetzten Dachneigung nur für untergeordnete Bauteile im rückwärtigen Grundstücksbereich möglich sein werden. Abweichend von einer zukünftig einheitlichen Grüngestaltung mit 1,20 m hohen Buchenhecken seien für die Gebäude am Basteiring mit den Gärten zur Promenade höhere Einfriedigungen bis ca. 2 m möglich. Auch hier sei langfristig eine Gestaltung mit Buchenhecken vorgesehen. Das Thema „Lärmimmissionen“ durch Straßenverkehr und die angrenzende Bahnlinie werde zurzeit noch untersucht.

In der ausführlichen Diskussion ist Herr Kraska für die FDP-Fraktion der Auffassung, dass durch den Entwurf mittelfristig eine eintönige Promenade entstehen werde. Er vermisse Gestaltungsfreiheit für die Eigentümer, da kein Raum für eine eigene Ideenverwirklichung vorhanden sei. Attraktivität entstehe durch Vielfältigkeit. Nicht nachvollziehen könne er die Vorgabe, dass Stellplätze zukünftig nur im rückwärtigen Grundstücksbereich zulässig sein sollen. Das Abstellen von Pkw im Vorgarten sei heute ebenfalls üblich. Seine Fraktion könne dieser Diskussionsgrundlage nicht zustimmen. Die Vorgaben seien zu restriktiv.

Dieser Auffassung kann sich Herr Stallmeyer für die SPD-Fraktion nicht anschließen. Folge man den Vorstellungen der FDP-Fraktion entfallt alles Schützenswerte und es werde ein ganz normales Baugebiet entstehen. Mit dem vorliegenden Entwurf werde versucht, den Charakter der Promenade zu fassen, zu erhalten und auch Spielraum für eigene Vorstellungen zu schaffen. Eine Reglementierung in Farbe und Form sei nötig. Im Bereich der Promenaden müssten die privaten hinter den öffentlichen Interessen zurückstehen. Er regt an, auch Material- und Farbvorgaben für Dachaufbauten und Sattelitenschüsseln aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die Eingrünung zur Promenade im Zufahrts- oder Eingangsbereich durch Mauerpfeiler unterbrechen zu können.

Frau Ahrendt-Prinz begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den vorgestellten Entwurf. Sie regt jedoch an, die Anzahl der Wohneinheiten zu begrenzen, um eine Zunahme des Verkehrs und damit verbundenen Stellplatzprobleme in der Promenade auszuschließen. Auch hält sie die Beschränkung auf die weiße Farbgebung bei Putzfassaden für zu eng.

Herr Tranel ist für die CDU-Fraktion der Auffassung, dass ein guter Kompromiss und eine gute Grundlage für die weitere Diskussion gefunden wurde. Der Vorschlag der FDP-Fraktion, den Eigentümern mehr Gestaltungsfreiheiten einzuräumen, sei in Wohngebieten nachvollziehbar. In Stadtbereichen stehe für die Eigentümer nicht die Gestaltung im Vordergrund sondern die größtmögliche Rendite. Herr Kombrink weist darauf hin, dass die gebaute Realität die Notwendigkeit des Handelns aufzeige. Allerdings sei er persönlich der Meinung, dass die Vorgartenregelungen entfallen sollten. Die Lebendigkeit, zu der auch kleinere Mauern gehörten, müsse erhalten bleiben, damit die Promenade ihren repräsentativen Charakter behalte.

Herr Büker begrüßt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. die vorgestellte Planung als Weiterführung des Grüngürtels der Stadt. Einschränkungen für die Eigentümer seien sicherlich gegeben, diese müssten jedoch für den Erhalt der Promenaden in Kauf genommen werden. Der Entwurf stelle eine sinnvolle Planung mit klaren Aussagen dar.

Beschluss:

Es wird beschlossen mit den im Ausschuss vorgestellten Unterlagen und mit den auf Grundlage dieser Information im Ausschuss beschlossenen Anregungen und Hinweisen die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 13 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	1	0

TOP 4	Bebauungsplan Nr. 122 Wohnen am Kulturquartier Vorlage: 079/2010
-------	---

Ergänzend zur Sitzungsvorlage weist die Verwaltung darauf hin, dass in dem Übersichtsplan über die Eigentumsverhältnisse ein Bereich versehentlich als städtische Fläche angegeben wurde. Die Spielplatzfläche befinde sich im Privateigentum. Darüber hinaus sei der Grundsatzbeschluss in der letzten Ratssitzung gefasst worden.

In der ausführlichen Diskussion begrüßt Herr Tranel für die CDU-Fraktion den Schritt Planungsrecht zu schaffen. Die Fläche sei seit Jahren in der Diskussion, die Frage der Altlasten sei geklärt. Er regt an, die Bebauung vom Bloemenesch her in Richtung Mehrzweckplatz schrittweise zu entwickeln.

Herr Stallmeyer stellt heraus, dass die Entwicklung der Fläche eine konsequente Fortführung der bisherigen Diskussionen und Planungen sei. Er habe kein Verständnis für die Haltung anderer Parteien in der Öffentlichkeit. Es sei Aufgabe des Rates, Grundstücke für die Bürger zur Verfügung zu stellen. Die Zielsetzung, eine Industriebrache zu entwickeln werde umgesetzt, die Finanzierung gehe nicht zu Lasten der Stadt. Es könnten attraktive stadtnahe Grundstücke mit einer guten Infrastruktur angeboten werden. Die Altlastenproblematik sei geklärt.

Herr Büker begrüßt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. grundsätzlich die Umwandlung brachliegender Industrieflächen zu Wohnfläche. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt sollten jedoch eigene Flächen vorrangig entwickelt werden.

Frau Ahrendt-Prinz ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Auffassung, dass das finanzielle Risiko für die Stadt zu groß sei. Die Verhandlungen mit der Firma Ostendorf müssten weitergeführt werden, sie erwarte hier in größeres Entgegenkommen. Darüber hinaus sei die Fläche für eine schnelle Vermarktung nicht geeignet, da sie von Interessenten mit mittleren Einkommen nicht zu finanzieren seien. Auch sie ist der Auffassung, dass an anderer Stelle genügend städtische Flächen zur Verfügung stehen.

Herr Backes weist darauf hin, dass der Verkaufspreis deutlich unter dem Grundstückspreis im Baugebiet Nordwest liege und erschlossen dem Richtwert der Umgebung entsprechen werde. Einkalkuliert sei auch eine längere Vermarktungszeit von ca. 12 Jahren. Fakt sei auch, dass die städtischen Grundstücke im Bereich Darfelder Weg zurzeit wertlos seien, sich mit der Anschlussplanung aber gut vermarkten lassen werden. Die Finanzierung wurde dargelegt. Die Altlastenfrage wurde in den Vorermittlungen einkalkuliert und werde im jetzt beginnenden öffentlichen Verfahren nochmals aufgerollt. Alternative städtische Fläche seien nicht bekannt. In Bezug auf das finanzielle Risiko und die Altlastenfrage wurde in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck erweckt. Auch habe der Rat bereits am 25.06.2009 die Stadtentwicklungsgesellschaft mit der Durchführung der weiteren Arbeiten beauftragt. Im Baulandbeschluss vom 30.03.2006 wurden die privaten und öffentlichen Baulandvorräte im einzelnen dargelegt. Die damals im Stadtgebiet noch vorhandenen 27 Grundstücke seien inzwischen alle verkauft, andere Grundstücke stehen nicht zur Verfügung. Auf private Grundstücksgeschäfte habe die Stadt keinen Einfluss.

Im weiteren Verlauf der Erörterung weist Herr Kraska für die FDP-Fraktion darauf hin, dass eine Wohnbauflächenausweisung an dieser Stelle zwar der richtige Weg sei und auch die Prüfung der Altlasten richtig sei. Dennoch sei der Ankauf durch die Stadt problematisch, da das Risiko für die Vermarktung bei der Stadt liegen werde. In naher Zukunft werde durch den Generationswechsel ein breites Angebot an Flächen und Häusern auf den Markt kommen.

Herr Tranel ergänzt, dass die Verwaltung mehrfach aufgefordert wurde, neu zu verhandeln. Dadurch wurden in vielen Punkten Verbesserungen erzielt, die Differenz zwischen Verhandlungsergebnis und dem von allen Fraktionen akzeptierten Wert sei nur sehr gering. Die Risikoverteilung habe sich aber auch verbessert. Jetzt könne die Stadt ein Wohngebiet für junge Familien anbieten. Sicherlich möge es Leerstände in den Baugebieten der 50er und 60er Jahre geben, aber junge Leute möchten in z. Teil auch Gebieten mit jungen Leuten wohnen. Der Bereich der Martinschule könne parallel entwickelt werden. Diese Fläche sei jedoch für eine andere Klientel interessant.

Frau Ahrendt-Prinz betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die bisherigen Beschlüsse immer mitgetragen habe und die Fläche am Kulturquartier eine gute Wohnbauflä-

che darstelle. Dennoch halte sie das finanzielle Risiko nach wie vor für zu hoch, auch wenn sie in Bezug auf die Grundstückspreise von anderen Zahlen ausgegangen war. Herr Büker ergänzt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V., dass das Ergebnis der heutigen Erörterung in der Fraktion zur Diskussion gestellt werde. Eine endgültige Entscheidung seiner Fraktion erfolge in der Ratssitzung am 25.03.2010.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan Nr. 122 „Wohnen am Kulturquartier“ auf der Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) aufzustellen.

Der Geltungsbereich wird wie folgt umgrenzt:

- im Nordosten durch die Gewerbebrache J.W. Ostendorf und in nördlicher Verlängerung dieser Grenze bis zum Darfelder Weg, danach mit leichtem Versatz über den Darfelder Weg entlang der Grundstücke Darfelder Weg 81b und 81a bis zur Eisenbahnlinie Coesfeld-Münster
- im Südosten durch die Osterwicker Straße.,
- im Nordwesten durch den Verlauf der Eisenbahnlinie Coesfeld-Münster
- und im Südwesten durch den Verlauf des Brinker Baches sowie der Nordostgrenze des Mehrzweckplatzes

Die genaue Abgrenzung ist aus dem beiliegenden der Einladung Übersichtsplan zu entnehmen.

Die Fläche umfasst 46.816 qm.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB über die zusammenhängenden Planverfahren frühzeitig zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	8	1	3
Beschluss 2	8	0	4

TOP 5	1. Änderung des Bebauungsplans 120/2 Vorlage: 078/2010
-------	---

Auf Vorschlag des Vorsitzenden stimmt der Ausschuss en bloc über die Beschlussvorschläge 1 bis 3 ab.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 120/2 „Gewerbepark Flamschen“ auf der Grundlage des § 13 BauGB zu ändern.

Das Änderungsgebiet liegt im Bereich der ehemaligen Freiherr-vom-Stein-Kaserne und um-

fasst den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 120/2 „Gewerbepark Flamschen“.

Der Änderungsbereich wird wie folgt umgrenzt:

Im Norden durch die „rückwärtige Kasernenzufahrt zum ehem. Technischen Bereich“, im Osten durch den „Markenweg“, im Süden durch die ehem. Bauschuttdeponie und im Westen durch die angrenzenden Forstflächen und die Standortschießanlage.

Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus dem der Einladung beiliegenden Übersichtsplan.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit mit den vorliegenden Unterlagen gem. § 13 (2) Baugesetzbuch (BauGB) zu beteiligen.

Beschlussvorschlag 3:

Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 120/2 „Gewerbepark Flamschen“ und der Entwurf der Begründung werden beschlossen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 BauGB ist durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 bis 3	12	0	0

TOP 6	Bebauungsplan Nr. 85 " Gaswerk" - 1. Änderung Vorlage: 081/2010
-------	--

Herr Schmitz stellt dem Ausschuss den von Architekt Bodem erarbeiteten Entwurf für die Waschbox vor. In der Diskussion ist Herr Stallmeyer für die SPD-Fraktion der Auffassung, dass die zur Dülmener Straße ausgerichtete Wand des Baukörpers die Baulinie aufnehmen sollte. Diese Wand werde prägend für die Straßenansicht sein und biete Spielraum für große Werberanspanne, wenn nicht eine Regelung getroffen werde. Hierzu ergänzt Herr Schmitz, dass die in der Ansicht dargestellte grau hinterlegte Fläche als Werbefläche für die Waschbox vorgesehen sei. Die geschlossene Gestaltung zur Dülmener Straße wäre z. B. auch bei einem SB-Markt zulässig gewesen und verhindere den unschönen Blick in eine offene Selbstwaschanlage. Punkt B 2 der Textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan enthalte Vorgaben zu den Werbeanlagen, die im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt werden. Ggf. könne über einen ergänzenden städtebaulichen Vertrag mit dem Betreiber eine spezielle Regelung getroffen werden. Herr Tranel bittet für die CDU-Fraktion im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens auf die Materialwahl ein besonderes Augenmerk zu richten.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden bestehen nach weiterer Diskussion gegen eine En-bloc-Abstimmung keine Bedenken.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, die Beschlüsse des Rates der Stadt Coesfeld vom 26.03.2009 (Beschlussvorlage 044/2009) zur Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie zur öffentli-

chen Auslegung des Bebauungsplanes mit Entwurfsstand Februar 2009 aufzuheben. Die Beteiligungsverfahren sind nach Beschlussfassung nicht durchgeführt worden.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, die geplante 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 85 „Gaswerk“ nicht als Bebauungsplan nach § 13a BauGB Bebauungsplan der Innenentwicklung, sondern als Vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB durchzuführen. Die Begründung liegt in der Änderung des Planungsanlasses.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen mit den vorliegenden geänderten Unterlagen - Entwurf Stand März 2010 - die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Beschlussvorschlag 4:

Der geänderte Entwurf der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Gaswerk“ Stand März 2010 einschließlich der textlichen Festsetzungen und der Entwurf der Begründung wird beschlossen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 ist durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 bis 4	12	0	0

Ergänzend zur Beschlussfassung wird angeregt, in Bezug auf die Werbeanlagen vertragliche Regelungen zu treffen.

TOP 7	Antrag vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 91 "An der Marienburg" Vorlage: 084/2010
-------	--

Herr Backes erläutert kurz die Beweggründe für die Beschlussvorlage der Verwaltung. In der ausführlichen Diskussion ist Herr Tranel für die CDU-Fraktion der Meinung, dass der Gesetzgeber klare Vorgaben geschaffen habe und keine Ausnahme von diesen Regeln zugelassen werden könne. Im vorliegenden Fall habe die Verwaltung bereits ein gewisses Ermessen genutzt und die Möglichkeit einer Überschreitung der Baugrenze in Aussicht gestellt. Auf dieser Basis könne ein Bauantrag gestellt werden. Die Politik sollte sich in die Verfahrensabwicklung nicht einmischen.

Herr Büker ist für die Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass sich die Bewohner bewusst für den Charakter dieses Wohngebiet entschieden hätten. Ein Umbau auf der Grundlage der Festsetzungen des Bebauungsplanes sei natürlich möglich.

Herr Kraska ist für die FDP-Fraktion der Ansicht, die Bebauungsplanänderung durchzuführen. Gerade in den Wohngebieten seien Änderungen erwünscht.

Herr Stallmeyer weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass der demografische Wandel zu berücksichtigen sei. Richtig sei, dass nicht jeder Einzelfall beraten werden könne. Vielmehr sollte generell diskutiert werden, wie mit diesem Wandel umzugehen sei. Es gebe einige Wohngebiete, bei denen im Rahmen der Bauleitplanung an spätere Erweiterungen nicht gedacht worden sei. Er regt an, die Angelegenheit auf einen Zeitraum nach 2012 zurückzustellen um zu prüfen, welche Möglichkeiten für eine Anpassung der Bauleitpläne zur Verfügung stehen.

Herr Schmitz weist darauf hin, dass das Vorhaben auch eine Frage von Baukultur betreffe. Es handele sich um ein städtebaulich homogenes Gebiet, das durch die Planung verändert werde. Das Thema werde verstärkt auf die Verwaltung zukommen und erfordere die Aufstellung von Regeln. Eventuell komme man über Einzelfälle zu einer Überprüfung der entsprechenden Bebauungspläne. Ergänzend weist Herr Backes darauf hin, dass eine Erweiterung des Wohngebäudes auf der Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplanes durchaus möglich sei. Eine vernünftige Lösung könne mit einem Kompromiss durchaus gefunden werden.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, das seitens der Eigentümer des Grundstücks Baakenesch 17 beantragte Verfahren der vereinfachten Änderung des Bebauungsplan Nr. 91 „An der Marienburg“ im Bereich ihres Grundstücks nicht durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	1	0

TOP 8	Billerbecker Straße: Verbesserung der Rad- und Fußwegeverbindung - Ergebnisse der Bürgerversammlung / Realisierung der Maßnahmen Vorlage: 030/2010
-------	---

In der Diskussion begrüßt Herr Büker für die Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. die geänderte Planung. Er regt an, in Bezug auf die Parkplätze mit der Kirche über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln. Herr Kraska hält für die FDP-Fraktion einen Verzicht auf die Sperrung des Verbindungsweges zwischen der Osterwicker und Billerbecker Straße für nicht haltbar. Darüber hinaus fordert er die Verwaltung auf, einen Bericht über die für die Herstellung der Planunterlagen und Sitzungsvorlagen aufgewendeten Arbeitsstunden und Kosten vorzulegen.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden besteht Einvernehmen, über die Beschlussvorschläge 1 bis 3 und 5 en bloc und über den Beschlussvorschlag 4 gesondert abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vereinbarung zur Finanzierung und Umsetzung der Maßnahme abzuschließen. Grundlage der Vereinbarung ist die in der Bürgerversammlung vorgestellte Planung mit folgenden Modifikationen:

- Auf die in der Planung dargestellten Stellplätze zwischen Bergallee und Friedhof wird verzichtet.
 - Die Schutzstreifen werden auch im Bereich der Mittelinseln und in der Einmündung Bergallee auf beiden Fahrbahnsseiten durchgeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Zentralrendantur mit dem Ziel aufzunehmen, einen weiteren Friedhofseingang von der Abt-Mollitor-Straße zu schaffen.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau und dem Kreis Coesfeld als beteiligten Straßenbaulastträgern zur Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Friedrich-Ebert-Straße/Billerbecker Straße /Loddeallee aufzunehmen.
 4. Der Straßenverkehrsbehörde wird empfohlen, weiterhin auf eine Sperrung des Verbindungsweges zwischen Osterwicker und Billerbecker Straße zu verzichten.
 5. Die Verwaltung wird beauftragt, die außerplanmäßige Bereitstellung der notwendigen Mittel in Höhe von 45.000 € bei einem Eigenanteil von 5.000 € vorzubereiten. Ein entsprechender Deckungsvorschlag ist erarbeiten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 bis 3 und 5	12	0	0
Beschluss 4	11	0	1

TOP 9	Anregung gemäß § 24 GO NRW auf Reduzierung bzw. Streichung der kostenpflichtigen Parkdauer an Parkscheinautomaten Vorlage: 054/2010
-------	--

In der Diskussion bittet Herr Schneider für „Aktiv für Coesfeld“ bei der Bearbeitung der Anregung die geänderten Kundenströme, das veränderte Einkaufsverhalten und die abweichenden Arbeitszeiten im Dienstleistungsgewerbe zu berücksichtigen. Weiterhin regt er an, zu einheitlichen Parkzeiten zu kommen. So beginne beispielsweise auf dem Parkplatz an der Weberstraße die Parkzeit ab 9.30 Uhr, auf den Parkflächen der Großen Viehstraße ab 7.00 Uhr. Herr Büker ist für die Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass der Antrag zwar sinnvoll sei, aber ausreichenden Parkraum für Dauerparker voraussetze. Frau Walfort verweist für die SPD-Fraktion auf die moderaten Parkgebühren. Die vorgeschlagene Regelung für den Samstag halte sie für bedenklich, da die Parkflächen von Dauerparkern besetzt werden.

Beschluss:

Der Antrag des Stadtmarketing Vereins wird durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen. Eine Bewertung erfolgt im Rahmen der Aufstellung eines neuen Parkraumkonzeptes.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	10	0	1

TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion: Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die nordwestliche Innenstadt
Vorlage: 058/2010

Vertagt auf die nächste Sitzung.

TOP 11 Energiekonzept Industrie- und GewerbePark Flamschen
Vorlage: 082/2010

Frau Ahrendt-Prinz erläutert kurz den Antrag. Sie hält den Vorschlag der Verwaltung für akzeptabel, um dann weitergehend tätig zu werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung nach Erstellung der Clusterstudie prüft, ob für den Industrie- und GewerbePark Flamschen die Erarbeitung eines Energiekonzept sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

TOP 12 Anfragen

Frau Ahrendt-Prinz teilt mit, dass sie in einem Schreiben von Anliegern aus Gaupel gebeten worden sei anzufragen, ob die Beschilderung der L 555 in Richtung Kulturachse/Theater nicht aufgestockt werden könne. Besucher fragen die Anlieger vermehrt nach dem Weg.

Frau Ahrendt-Prinz fragt, warum im Bereich „Am Wasserturm“ etliche Bäume gefällt wurden. Herr Dickmanns teilt mit, dass eine barrierefreie Benutzung des Gehweges nicht mehr gewährleistet war. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten war es nicht möglich, die Linden zu halten. Im oberen Bereich könne in den Parkstreifen für Ersatz gesorgt werden, ansonsten müsse durch den FB 60 eine Planung erarbeitet werden.

Frau Ahrendt-Prinz bittet um Auskunft, warum die Pappeln im Bereich Billerbecker Straße abgeholzt wurden und welche Ersatzmaßnahmen vorgesehen seien.

Herr Dickmanns informiert, dass es sich um die im Zusammenhang mit der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 92 „Gewerbegebiet Südwest II“ notwendigen Ersatzmaßnahmen handle. Die Maßnahme entspreche den Festlegungen des Berkelaufenkonzeptes. Der nicht standortgerechte Pappelbestand werde durch eine auentypische Bepflanzung ersetzt.

Mit Bezug auf den Bericht der Verwaltung fragt Herr Kraska, warum die Bebauungsplanänderung „Druffels Feld“ nicht termingerecht bis Juni abgewickelt werden könne.

Die Verwaltung teilt mit, dass Aufgabe der Bauleitplanung die Lösung von Konflikten sei. Durch die Änderung des Bebauungsplanes entstünden neue Konflikte, die in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht gelöst werden können.

Herr Korth erkundigt sich nach den Planungen die Umsetzung der Bushaltestelle im Bereich der Laurentiuschule.

Herr Dickmanns teilt mit, dass die Planung zur allgemeinen Verbesserung der Wartehäuschen abgewartet werden solle. Ein entsprechender Förderantrag werde gestellt. Die Reihenfolge der Maßnahmen müsse noch abgestimmt werden.

Herr Büker erkundigt sich, warum der im Rahmen der durchgeführten Baumbeschneidung angefallene Mulch nicht für eine Verwertung in der neuen Hackschnitzelheizung am Bauhof vorgesehen wurde.

Herr Dickmanns berichtet, dass in 2010 die baulichen Vorkehrungen und für 2011/2012 der eigentliche Einbau der Heizungsanlage geplant sei. Eine Lagermöglichkeit für den Häcksel bestehe nicht.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwing
Schriftführerin